

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 17.01.2013**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:35 Uhr bis 19:00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Ute Haupt	DIE LINKE – Ausschussvorsitzende
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE
Herr Roland Hildebrandt	CDU
Herr Raik Müller	CDU
Herr Andreas Schachtschneider	CDU
Herr Robert Bonan	SPD
Frau Hanna Haupt	SPD
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Vertreterin für Frau Krausbeck
Frau Ute Borchert	SKE
Herr Manfred Czock	SKE
Frau Petra Tomczyk-Radji	SKE
Herr Christian Weinert	SKE
Frau Annette Wunderlich	SKE
Herr Norwin Dorn	Seniorenrat
Herr Sven Weise	LIGA
Frau Martina Vofrei	Bereichsleiterin Jobcenter Halle
Frau Martina Grummisch	Bereichsleiterin Jobcenter Halle
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter
Frau Susanne Wildner	Gleichstellungsbeauftragte
Frau Petra Schneutzer	Beauftragte für Integration und Migration
Herr Jörg Baus	Fachbereichsleiter FB Soziales
Frau Annerose Winter	Abteilungsleiterin Abteilung Soziale Hilfen
Frau Dr. Uta Schwarzer	Abteilungsleiterin Abteilung Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung
Frau Andrea Simon	Führungsunterstützer SGB II Geschäftsbereich IV
Frau Annett Fritzsche	Sozialplanerin Geschäftsbereich IV

Entschuldigt fehlen:

Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - vertreten durch Frau Dr. Brock
Herr Mamad Mohamad	SKE
Frau Brigitte Thieme	SKE
Frau Dr. Jeannette Drygalla	SKE
Frau Sylvia Tempel	Geschäftsführerin Jobcenter Halle
Herr Dr. Toralf Fischer	Behindertenbeauftragter
Frau Kerstin Riethmüller	Seniorenbeauftragte
Frau Dr. Christine Gröger	Fachbereichsleiterin FB Gesundheit
Frau Sylke Bühler	Projektmanagerin FB Gesundheit
Herr Andreas Wilhelm	Leiter DLZ Familie

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit fest. Sie begrüßte die Mitglieder und Gäste zur heutigen Sitzung und wünschte allen für das Jahr 2013 alles Gute. Sie informierte darüber, dass diese Sitzung aufgezeichnet wird, da sie erfahrungsgemäß durch die volle Tagesordnung und die Haushaltsdiskussion länger dauern wird. Laut GO haben die Protokollführer diese Möglichkeit.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, fragte nach der Niederschrift. **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, informierte, dass die nicht öffentliche Niederschrift erst heute vorgelegt wurde. Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung war am 9.1.2013 nachgesandt worden. Es wurde festgestellt, dass diese Niederschrift Herrn Schachtschneider fehlt, die anderen Ausschussmitglieder haben sie erhalten. **Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, war deshalb damit einverstanden, dass die Genehmigung der Niederschrift auf der Tagesordnung verbleibt.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat folgende TOP von der Tagesordnung zu streichen und zu verschieben:

TOP 8.	Bericht Bildung und Teilhabe	- Verschiebung auf Februar (heute nur JC)
TOP 9.	Vorstellung Arbeit EfA	- Verschiebung auf Februar
TOP 10.1	Schulsozialarbeit	- Verschiebung auf März

Weiterhin bat sie um Zustimmung zur Vorziehung (nach TOP 3) von TOP 7 sowie TOP 10.2 – Bericht Kinderarmut – und bat um Abstimmung zu diesen Änderungen.

Beschluss: einstimmig zugestimmt.

Somit wurde die so geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 8.11.2012
4. Bericht der Geschäftsführung des Jobcenters Halle
5. Familienberichterstattung - Teilbericht Kinderarmut 2012
Vorlage: V/2012/11301
6. Beschlussvorlagen
 - 6.1. Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10931
 - 6.1.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Vorlage "Mitgliedschaften der Stadt Halle" (Vorlagen-Nr. V/2012/10931)
Vorlage: V/2012/11284

- 6.1.2 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale) (V/2012/10931)
Vorlage: V/2012/11291
- 6.1.3 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)" (Vorlagen-Nr.: V/2012/10931) – hier: Mitgliedschaft im Klima-Bündnis
Vorlage: V/2012/11329
- 6.2. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011 - 1. Lesung
Vorlage: V/2012/11037
- 7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 7.1. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Gefahrenabwehrverordnung
Vorlage: V/2012/11057
 - 7.2. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Erstellung eines Konzeptes zu den Kosten der Unterkunft
Vorlage: V/2012/11276
 - 7.2.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Erstellung eines Konzeptes zu den Kosten der Unterkunft (Vorlagen-Nr.: V/2012/11276)
Vorlage: V/2012/11311
- 8. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 9. Mitteilungen
- 10. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 11. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 8.11.2012

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, wies noch darauf hin, dass ein Bericht zu den Defibrillatoren von **Frau Dr. Gröger, Fachbereichsleiterin Gesundheit**, im Februar vorgelegt werden wird.

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift vom 8.11.2012.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat um Abstimmung zur Niederschrift.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

zu 4 Bericht der Geschäftsführung des Jobcenters Halle

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, erteilte **Frau Vofrei, Bereichsleiterin Jobcenter Halle**, das Wort. **Frau Vofrei, Bereichsleiterin Jobcenter**, erläuterte den aktuellen Kreisreport, der den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt wurde.

Anschließend informierte **Frau Grummisch, Bereichsleiterin Jobcenter Halle**, über die Entwicklung in Bildung und Teilhabe, Rechtskreis SGB II. Diese Statistik wurde ebenfalls schriftlich zur Kenntnis gegeben.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bedankte sich bei den Vertreterinnen des Jobcenters für die Informationen und ließ Fragen zu.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, bat um Erläuterungen der Verzichte. **Frau Grummisch, Bereichsleiterin Jobcenter**, teilte mit, dass es sich hier um nach Beratungsgespräch und Aufklärung der Bewilligungstatbestände von Antragsteller selbst zurückgezogene Anträge handelt.

Herr Czock, sachkundiger Einwohner CDU-Fraktion, fragte nochmals aus dem letzten Protokoll heraus nach sittenwidrigen Arbeitsangeboten (z. B. Schulbusfahrer und Umzugsfirmen). **Frau Grummisch, Bereichsleiterin Jobcenter**, braucht hier die konkreten Firmennamen, um eine direkte Antwort geben zu können. Häufig hängen die Firmen jedoch selbst und ohne Wissen des Jobcenters ihre Angebote aus. Eine schriftliche Antwort kann noch gegeben werden.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, fragte nach der Frau mit den Drillingen, hier steht noch eine Antwort aus. Frau Grummisch informierte, dass hier nur mit Einverständniserklärung der Betroffenen Aussagen gemacht werden dürfen. Diese fehlt hier. Es gibt manchmal Antragstellungen, wo ein Kunde Anspruch auf vorrangige Leistungen hat, und bis diese gewährt werden, überbrückt das Jobcenter mit Leistungen, bis die vorrangig zuständige Stelle bewilligt hat. Deshalb können Leistungsansprüche manchmal sehr gering sein.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat um Darstellung, was aus Sicht des Jobcenter gemacht werden könnte. Dies wurde zugesagt.

zu 5 Familienberichterstattung - Teilbericht Kinderarmut 2012 Vorlage: V/2012/11301

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, erteilte **Frau Fritzsche, Sozialplanerin Geschäftsbereich IV**, das Wort. Sie erläuterte anhand einer Präsentation den Teilbericht Kinderarmut.

Anschließend bedankte sich **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, bei Frau Fritzsche und ließ Fragen zu.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach den konkreten Ergebnissen der Evaluierung der Handlungsempfehlungen von 2009. **Frau Fritzsche, Sozialplanerin Geschäftsbereich IV**, antwortete, dass die Auswertung größtenteils in den Bericht 2012 mit eingeflossen ist. Diese ist Bestandteil der jeweiligen Themenbereiche/Kapitel. Viele Handlungsempfehlungen lassen sich jedoch nur schwer evaluieren. Nicht umgesetzte Empfehlungen sind bei andauernder Aktualität in den neuen Bericht wieder mit aufgenommen worden. **Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, bat um eine Übersicht/Zusammenfassung zum Umsetzungsstand der Handlungsempfehlungen.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, findet es wichtig aufzuzeigen, was noch weiter gefördert werden muss und bat um Erklärung, was die ca. 950 € Armutsgrenze beinhalten. **Frau Fritzsche, Sozialplanerin Geschäftsbereich IV**, sagte, dass sich dieser Grenzwert auf das verfügbare Einkommen inklusive Kindergeld bezieht.

Herr Müller, CDU-Fraktion, fragte nach der Evaluation und bat um Verbesserung der Handlungsempfehlungen, z. B. auf S. 52, das kann schwer evaluiert werden. Er gab die Anregungen, in Diagrammen nicht ausschließlich absolute Zahlen oder Prozentwerte aufzuzeigen, sondern bitte immer beides abzubilden. Auf Seite 16 - Sprachkenntnisse und

Anerkennung von Berufsabschlüssen - handelt es sich doch um „fehlende“ Sprachkenntnisse und „Nichtanerkennung“ von Berufsabschlüssen. Seite 17, 2. Absatz sind bestimmte Dinge aufgezählt, diese betreffen doch nicht nur Migranten, sondern alle gesellschaftlichen Gruppen. Dies müsste geändert werden.

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion fragte nach der Definition Langzeitarbeitslosigkeit. Hier gibt es unterschiedliche Zahlen. 80 % der Arbeitslosen sind im SGB II. Bitte hier die Zahlen genau klären.

Laut **Herrn Schachtschneider, CDU-Fraktion** sei der Bericht mit 54 Seiten eine fleißige Arbeit, jedoch sei es ein Bericht für die Stadt Halle und hier hätte der Bertelsmannbericht nichts zu suchen. Es gibt eine Diskrepanz zwischen den Handlungsempfehlungen im Text und auf den Seiten 50 +. Auf Seite 30 – Schulabgänger ohne Abschluss 2009 – sei ohne jegliche Wertung, im Bericht Bildung steht dann etwas mehr. Die AG Inklusion sollte als Handlungsempfehlung in den Bericht aufgenommen werden.

Frau Fritzsche, Sozialplanerin Geschäftsbereich IV, informierte, dass es die Arbeitsgruppe bereits gibt, dies entsprechend nicht als Handlungsempfehlung aufgenommen werden müsse.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, unterstrich zum Bericht, dass ihr einiges in den Handlungsempfehlungen zu unkonkret sei, sie bat um kritische Analyse. Die Handlungsempfehlungen sind über drei Jahre zu analysieren. Das Jobcenter sei hier wichtiger Partner. Es gibt viele Projekte, die mit einbezogen werden sollten.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, fragte, wie es ab 2014 mit dem Schulobstprogramm weitergeht, das dann ja ausläuft. Dies fehlt in den Handlungsempfehlungen. Problematisch sei die hohe Schulabbrecherquote in Halle, hier muss es Handlungsempfehlungen geben.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sagte, dass sie die Äußerung von Herrn Schachtschneider nicht mit trägt.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat um Versendung der Präsentation und dankte Frau Fritzsche für die Ausführungen und wünschte viel Erfolg für die weitere Arbeit.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

zu 6 **Beschlussvorlagen**
zu 6.1 **Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)**
 Vorlage: V/2012/10931

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, erteilte **Herrn Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, das Wort.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, informierte über den Werdegang der Vorlage. Hier sollten die Ausgaben für Mitgliedschaften der Stadt Halle im Rahmen der Haushaltsführung überprüft werden.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, teilte mit, dass der SPD-Änderungsantrag TOP 6.1.1 durch die Austauschblätter zur Vorlage erledigt sei.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, fragte, ob hier unser Ausschuss zuständig für den gesamten Inhalt sei sowie die Änderungsanträge. **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, sagte, dass die gesamte Vorlage zu beschließen sei.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, hat ebenfalls mit der Zuständigkeit Probleme, hier sollte nur über die uns betreffenden Sachen gesprochen werden. Die beiden Änderungsanträge können nicht behandelt werden.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, schließt sich dem an, **Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, stimmt auch Herrn Schachtschneider zu.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat um Abstimmung zur **Nichtzuständigkeit** für die beiden Änderungsanträge TOP 6.1.2 und TOP 6.1.3.

**Abstimmungsergebnis: nicht zuständig
(einstimmig)**

Zur Vorlage selbst bat **Herr Müller, CDU-Fraktion**, um Erläuterungen zu einigen Mitgliedschaften. **Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, sagte, dass das Gesunde-Städte-Netzwerk eine gute Sache sei mit 70 deutschen Städten. In den Jahren 2012 und 2013 gab es keine finanziellen Belastungen. Kooperation und Wissensaustausch stehen hier im Vordergrund. Das Deutsche Institut für Jugendhilfe und Familienrecht kostet nur 26 Euro. Beratung, auch juristische, stehen im Vordergrund. Einzelanfragen kosten hier mehr. Die Landesvereinigung für Gesundheit Sachsen-Anhalt brachte nicht die entsprechende Wirkung, die erwartet wurde.

Frau Dr. Schwarzer, Abteilungsleiterin Fachbereich Gesundheit, ergänzte, dass alle Partner der Meinung waren, dass hiervon profitiert wurde am Anfang. Hier ist keine Mitgliedschaft mehr erforderlich. Einzelne Mitarbeiter können trotzdem noch Mitglied sein, hier ist der Beitrag gering.

Herr Müller, CDU-Fraktion stellte den Antrag auf Einzelabstimmung.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat um Abstimmung zum Antrag auf Einzelabstimmung.

**Abstimmungsergebnis: abgelehnt
4 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen**

Herr Müller, CDU-Fraktion, stellte den Änderungsantrag auf Herausnahme des Gesunden-Städte-Netzwerk und des Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familie. Diese Mitgliedschaften sollten nicht gekündigt werden.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat um Abstimmung dieses Antrags.

**Abstimmungsergebnis: Antrag angenommen
7 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen**

geänderter Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Kündigung / die Reduzierung der Beitragshöhe folgender Mitgliedschaften:

- ~~Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V. (255,00 €)~~
- Klima-Bündnis Alianza del Clima/Climate Alliance e. V. (1.300,00 €)
- UfU – Unabhängiges Institut für Umweltfragen e. V. (1.000,00 € statt 5.000,00 €)
- Landesvereinigung für Gesundheit Sachsen-Anhalt e.V. (1.025,00 €)
- ~~Gesunde Städte – Netzwerk (für 2012 und 2013 je 500,00 €)~~
- ~~Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht (26,00 €)~~
- Hallescher Musikrat e. V. (15,00 €)
- Bundesverband der Pflege- und Adoptivfamilien (54,00 €)
- Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (200,00 €)
- **German Industry & Commerce (Taicang) Co. Shanghai (15.192,00 €)**

Finanzielle Auswirkung:

Minderausgaben verwaltungsübergreifend in unterschiedlichen Produkten in Höhe von insgesamt 22.312 €

**zu 6.1.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Vorlage "Mitgliedschaften der Stadt Halle" (Vorlagen-Nr. V/2012/10931)
Vorlage: V/2012/11284**

Beschlussvorschlag:

Im Beschlussvorschlag wird gestrichen:

- Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V. (255,00 €)

**Abstimmungsergebnis: erledigt
von Verwaltung übernommen in Austauschblättern
(kursiv und fett markiert)**

**zu 6.1.2 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale) (V/2012/10931)
Vorlage: V/2012/11291**

Beschlussvorschlag:

Es wird ein zweiter Beschlusspunkt hinzugefügt:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit der Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland über eine spürbare Absenkung des Mitgliedbeitrags zu verhandeln und eine Kündigung der Mitgliedschaft zum Ende des Jahres 2013 zu prüfen.

Abstimmungsergebnis: nicht zuständig

zu 6.1.3 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)" (Vorlagen-Nr.: V/2012/10931) – hier: Mitgliedschaft im Klima-Bündnis**
Vorlage: V/2012/11329

Beschlussvorschlag:

Im Beschlussvorschlag der Vorlage wird der folgende Unterpunkt gestrichen:

- Klima-Bündnis Alianza del Clima/Climate Alliance e. V. (1.300,00 €)

Abstimmungsergebnis: nicht zuständig

zu 6.2 **Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011 - 1. Lesung**
Vorlage: V/2012/11037

Zu Beginn der Haushaltsdiskussion erteilte **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, Herrn Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, das Wort. Er informierte, dass die neue Organisationsstruktur noch nicht berücksichtigt werden konnte und diese den Haushalt verändern wird. Der Stand der Haushaltsplanung ist in zwei Teilen zu sehen.

1. Es liegt eine Liste mit 22 Prüfaufträgen vor.
2. Bereich mit geänderten Produkten

Das Ist-Ergebnis 2012 kann erst Ende Januar/Anfang Februar vorliegen. Vor der 2. Lesung wird es Austauschblätter und umfangreiche Änderungen geben. Zu den jeweiligen Bereichen werden heute Präsentationen vorgestellt. Es gibt außerdem Korrekturlisten zwischen der Haushaltsaufstellung im vorigen Jahr und dem heutigen Ist-Stand.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, fragte nach den neuen Stellenplänen. **Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend und Soziales**, antwortete, diese liegen nicht vor und müssen im Februar behandelt werden.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, sagte, dass aber die Umstrukturierungen für die Stellenpläne nicht unwesentlich seien im Sozialbereich, hier gibt es ja große finanzielle Auswirkungen. **Herr Baus, Fachbereichsleiter Soziales**, teilte mit, dass zurzeit noch keine Fragen beantwortet werden können.

Die Frage von **Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, nach den zwei neuen Stellen beantwortete **Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, damit, dies seien Stellen im Bundeselterngeld.

Herrn Müller, CDU-Fraktion, sind die Änderungsblätter sehr unübersichtlich. **Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, versicherte, dass er sich bemühen wird, Veränderungen besser und transparenter darzustellen.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, erteilte **Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte**, das Wort.

Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte, teilte mit, dass in ihrem Bereich zum jetzigen Zeitpunkt kaum Änderungen zum letzten Jahr zu verzeichnen sind. Schon zum vorigen Haushalt hatte sie die Änderungen vom bisherigen Haushalt zur Doppik dargestellt. Sie wies

auf das Auflaufen des bisherigen Tarifvertrages hin. Es gibt keine zweite Vollzeitstelle außer ihrer eigenen im Bereich Gleichstellung. Die Sachbearbeiterstelle ist mit 30 Stunden verankert. Aufwendungen in den Sach- und Dienstleistungen sind u. a. Zahlungen an ZGM (z.B. auch Sachausgaben eigener Veranstaltungen, Aus- und Fortbildung). Die Position bei den Fördermitteln ist beibehalten worden. Der sog. Finanzplan ist ab Seite 111 mit Ersatzbeschaffung Möbel, Kleinmaterial usw.

Herrn Schachtschneider, CDU-Fraktion, ist der Sprung bei den Personalaufwendungen zu hoch. **Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte**, informierte, dass sie selbst wieder 40 Stunden arbeitet (bisher 35 Stunden auf individueller Vertragsbasis aus familiären Gründen). Der Tarifvertrag mit 38 Stunden lief Ende des Jahres 2012 aus.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, erinnerte an die allgemeinen Schwierigkeiten bei den Gleichstellungsprojekten bisher, ist dies dieses Jahr auch noch?

Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte, geht davon aus, dass zurzeit nur Abschlagszahlungen auf Antrag möglich sein werden wegen der vorläufigen Haushaltsführung. Vorzeitige Maßnahmebeginn wurden genehmigt.

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, fragte zu Personalaufwendungen laut Stellenvergleich.

Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte, antwortete dass die E 8 Stelle hochgesetzt werden sollte, da die E 6 Stelle wegfiel. Dieses ist bisher noch nicht erfolgt.

Herr Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE., fragte auf Seite 108, warum beim Planwert 2013 nichts steht. Dies gilt auch für alle anderen Produkte. **Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte**, sagte, dies sei überall so durch die Kämmerei eingestellt, dies sei der Unterschied zwischen Ansatz und Planwert, wenn sich etwas ändert und anders ausgerechnet wird. Dies müsste generell von der Kämmerei geklärt werden.

Frau Winter, Abteilungsleiterin Fachbereich Soziales, ergänzte, dass überarbeitete Blätter zur 2. Lesung vorgelegt werden.

Frau Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion, fragte bei Transferaufwendungen (Fördermittel), ob es eine Untergliederung nach dem Gender Budgeting geben wird, welches gerade bei Frau Wildner umgesetzt werden sollte.

Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte, sagte, hier ginge es um eine grundsätzliche strukturelle methodische Sache, nicht nur im Gleichstellungsbereich. Sie findet es besser, dies auf eine breitere Basis zu stellen.

Herr Müller, CDU-Fraktion, bat um bessere Darstellung des Punktes Ziele auf S. 108.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, schloss hier die Diskussion zur Gleichstellung ab und erteilte **Herrn Baus, Fachbereichsleiter Soziales** und **Frau Winter, Abteilungsleiterin Abteilung Soziale Hilfen**, das Wort zum Sozialbereich.

Herr Baus, Fachbereichsleiter Soziales, teilte mit, dass die von **Frau Winter, Abteilungsleiterin Abteilung Soziale Hilfen**, vorzustellende Präsentation für den Fachbereich Soziales wichtige Schwerpunkte enthält. Die einzelnen Produkte sowie die gesetzlichen Grundlagen werden benannt. Es gibt auch eine Gegenüberstellung von alter und neuer Struktur in der Perspektive, hier können finanzielle Änderungen noch nicht beziffert werden.

Anschließend erläuterte **Frau Winter, Abteilungsleiterin Abteilung Soziale Hilfen**, die Präsentation. Sie wird den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt. Sie wies insbesondere darauf hin, dass wegen steigenden Fallzahlen vorrangig bei der Grundsicherung und im Eingliederungsbereich dringend Personal benötigt werde.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, dankte Frau Winter und bat darum, die einzelnen Seiten durchzusehen.

Seite 801 keine Fragen

Seite 802 keine Fragen

Seite 803 + Änderungsblatt Frau Winter verwies auf Veränderungsblatt
keine Fragen

Seite 805 + Änderung

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, fragte, ob die Erhöhung des Ansatzes durch höhere Fallzahlen sei. **Frau Winter, Abteilungsleiterin Fachbereich Soziales**, sagte, dies seien ca. 100 bis 120 Personen im Jahr mehr.

Seite 808/809 keine Fragen

Seite 810/811

Frau Winter, Abteilungsleiterin Fachbereich Soziales, erläuterte **Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, dass die Erhöhung von 100.000 Euro Personalaufwendungen sind.

Seite 812/813 keine Fragen

Seite 814/815

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, fragte nach Bestellungen, laut **Frau Winter, Abteilungsleiterin Fachbereich Soziales**, ist die gleiche Summe im Ansatz. Vorläufiges Ergebnis liegt bei 600.000 Euro.

Seite 816/817

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, sagte, hier seien 800.000 Euro mehr geplant gewesen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, informierte, dass sich hier der Zuschuss geändert habe. Die Reduzierung umfasst gesamt 1,1 Mio €, da auch die Einnahmen zu betrachten sind, damit das Ergebnis 800.000 € betragen. Es hat eine entsprechende Anweisung des Oberbürgermeisters gegeben.

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, fragte nach dem KdU-Ansatz im Jobcenter, **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, interessierte ebenfalls die Abstimmungen mit dem Jobcenter. Sie waren beide in den Beiratssitzungen beim Jobcenter, dort wurde mitgeteilt, dass man durch Arbeitsmarktinstrumente den KdU-Ansatz erreichen will.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, sprach an, dass dieses Jahr die Maßnahmen – Entgeltvarianten wegfallen und damit nicht mehr zur Senkung der KdU beitragen werden. **Frau Simon, Führungsunterstützer SGB II Geschäftsbereich IV**, ergänzte, dass alle Zahlen mit dem Bereich abgestimmt wurden im II. Halbjahr 2012. Es gibt keine kostensenkenden Instrumente mehr. **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, regte an, hierzu Herrn Neumann im Ausschuss sprechen zu lassen, wenn dies möglich ist.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, fragte danach, ob nicht letztes Jahr aus KdU-Mitteln HzE-Leistungen bezahlt wurden. **Herr Kogge, Beigeordnete für Bildung und Soziales**, bejahte dies für Mittel aus BuT für 2011. **Frau Simon, Führungsunterstützter SGB II Geschäftsbereich IV**, informierte, dass die Mittel nicht vom Bund zurückgefordert wurden, deshalb konnten die Gelder transferiert werden für andere Belange.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, fragte nach Mitteln im FAG für Drogenberatung, kommen diese Gelder nachgewiesen zweckgebunden an. **Frau Simon, Führungsunterstützter SGB II Geschäftsbereich IV**, sagte, es gäbe unterschiedliche Aussagen dazu. Eine Zweckbindung war im alten FAG vorgesehen. Abstimmungen mit den Landesministerium laufen derzeit. Im Februar könne sie Näheres dazu sagen.

Seite 819/820

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, fragte, warum sich hier das verdoppelt bei vereinfachter Beantragung für Bildungsmaßnahmen. **Frau Winter, Abteilungsleiterin Abteilung Soziale Hilfen**, antwortete, 2012 war noch ein Übertrag der nicht verbrauchten Mittel aus 2011 drin. Nicht ausgegebene Mittel aus 2012 müssen auf ein Rückstellungskonto gehen und ggf. zurückgezahlt werden.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte, dies seien mehrere Millionen weniger Transfer vom Bund? **Frau Simon, Führungsunterstützter SGB II Geschäftsbereich IV**, informierte über die schwierige Problematik. Die Gelder für BuT werden prozentual an den Ausgaben für KdU vom Bund zur Verfügung gestellt. Für 2013 sind die nicht verbrauchten Mittel aus 2012 nicht im Ansatz enthalten.

Seite 821/822

Frau Winter, Abteilungsleiterin Abteilung Soziale Hilfen, verwies auf Änderung zur Anpassung der Regelsätze.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, fragte, ob hier auch das FAG zum Tragen kommt. **Frau Winter, Abteilungsleiterin Abteilung Soziale Hilfen**, sagte, die Erstattungen sei hier im Haushalt jahresversetzt und werden über die allgemeine FAG-Zuweisung vereinnahmt. Sie sind nicht im Haushalt des Fachbereiches Soziales ersichtlich.

Seite 824/825

keine Fragen

Seite 826/827

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, findet den gleichen Ansatz positiv und fragte nach Erfahrungen mit dem Fördermittelmanagement. **Frau Winter, Abteilungsleiterin Abteilung Soziale Hilfen**, sagte, dass aus dem Fördermittelmanagement eine Übersicht gezogen werden konnte für 2012. Es ist für 2013 noch nicht aktiv.

Seite 828/829

Frau Winter verwies auf Änderung der Produkt-Nr.

Seite 831

keine Fragen

Seite 832

Frau Winter verwies auf Änderung nächste Seite

Seite 834/835

keine Fragen

Seite 836/837

keine Fragen

Seite 838

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion fragte zu den Investitionen, ob es einen Plan zur Abschreibung gibt, wann wird hier etwas Neues angeschafft? **Frau Winter, Abteilungsleiterin Abteilung Soziale Hilfen**, informierte, dass nur ersetzt werden kann, wenn etwas defekt ist. **Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, informierte, dass die Fachbereiche regelmäßig ihren Bedarf anmelden.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, fragte, ob im Februar die Änderungen im Stellenplan genau vorliegen und verwies auf Umsetzungen vom Amtsleitern in den Geschäftsbereich IV. **Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, versicherte eine Information zu, soweit sich etwas ergeben hat.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat nun **Frau Dr. Schwarzer, Abteilungsleiterin Abteilung Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung**, und **Frau Thränhardt, Teamleiterin Team Service**, um Vorstellung des Fachbereiches Gesundheit.

Frau Dr. Schwarzer, Abteilungsleiterin Abteilung Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung, erläuterte ihre Präsentation mit den Eckdaten zum Haushalt. Die Präsentation wird den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt.

Anschließend bat **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, um Durchsicht der einzelnen Seiten.

Seite 650/651

keine Fragen

Seite 652

keine Fragen

Seite 654/655

keine Fragen

Seite 660 bis 662

keine Fragen

Frau Dr. Schwarzer, Abteilungsleiterin Fachbereich Gesundheit. Informierte dazu, dass Gruppenprophylaxe Aufgabe des Landes ist und wird separat aufgeführt.

Seite 663

keine Fragen

Seite 667/668

keine Fragen

Seite 669 bis 671

keine Fragen

Seite 672/673

keine Fragen

Seite 674 bis 685

keine Fragen

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, dankte der Verwaltung für die gute Vorbereitung des Haushaltes.

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2013 mit dem Haushaltsplan 2013.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2011 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: vertagt (da 1. Lesung)

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten
zu 7.1 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur
Gefahrenabwehrverordnung
Vorlage: V/2012/11057

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, fragte nach den Kosten und wie soll hier etwas kontrolliert werden. Wenn Pflichtaufgaben erhöht werden, ist das mit Kostenaufwuchs verbunden. Laut **Frau Dr. Schwarzer, Abteilungsleiterin Abteilung Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung**, ist eine Kontrolle nur mit Chip über Zentralregister möglich. Besitzerkatten dürfen nicht kastriert werden.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, erinnerte an ihre Anfrage im letzten Jahr zu freilaufenden Katzen, dies sei kein Problem hieß es damals. **Frau Dr. Schwarzer, Abteilungsleiterin Abteilung Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung**, antwortete, dass es auch weiterhin keine Überpopulation gibt.

Herr Müller, CDU-Fraktion, sprach das Mäuseproblem in Ortsrandlagen an. Nimmt diese Plage dann zu? **Frau Dr. Schwarzer, Abteilungsleiterin Abteilung Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung**, konnte hierzu nur sagen, dass auch kastrierte Katzen Mäuse fangen.

Frau Hanna Haupt, SPD-Fraktion, bat darum, dass hier der Antrag verkehrt herum geht, er muss erst in der Verwaltung geprüft und danach der Antrag hierher.

Herr Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE., bat den Prüfauftrag auf die Rattenplage, z. B. in Halle-Neustadt zu erweitern. **Frau Dr. Schwarzer, Abteilungsleiterin Abteilung Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung**, verwies auf den Bericht zur Rattenbekämpfung, der extra erstellt wird.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sagte, es sei prinzipiell richtig mit Prüfaufträgen, meinte aber, dass die Begründung Intentionen enthält, die von ihr nicht geteilt werden.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, bat darum, bei solchen Anträgen daran zu denken, dass die Verwaltung nicht mehr Personal hat. Dies sei allen mit hohem Aufwand und mit Geld verbunden.

Frau Dr. Schwarzer, Abteilungsleiterin Abteilung Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung, informierte, dass von der Stadt zur Taubenbekämpfung einen Schädlingsbekämpfer gebunden sei und hier Geld investiert wird.

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, merkte an, dass sich bestimmte Personen bei der Tierhaltung überschätzen.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, fragte die sachkundigen Einwohner nach einem Votum. Dies wurde bejaht.

Anschließend bat sie um Abstimmung zum Antrag.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Halle (Saale) prüft im Rahmen der Gefahrenabwehrverordnung die Kastrations- und Kennzeichnungspflicht von Katzen und Maßnahmen zur Reduzierung des Taubenbestandes.

Abstimmungsergebnis: **abgelehnt**
 1 Ja-Stimme
 9 Nein-Stimmen

zu 7.2 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Erstellung eines Konzeptes zu den Kosten der Unterkunft
Vorlage: V/2012/11276

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, verwies auf ihren Änderungsantrag, der weitergehend ist, der eigentlich von der FDP-Fraktion übernommen wurde, jedoch heute hier kein Vertreter diese Übernahme anzeigen kann.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verwies auf die Stellungnahme der Verwaltung. Sie bat um Rückstellung zur nächsten Sitzung, da die FDP als antragstellende Fraktion heute nicht im Ausschuss vertreten ist.

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion fragte, was die Verwaltung dazu meint.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, informierte, dass die Verwaltung hier arbeitet und das schlüssige Konzept erstellt wird. **Herr Baus, Fachbereichsleiter Soziales**, ergänzte, dass der Antrag erledigt ist, sobald das Konzept vorliegt, dies wird bis Mai erwartet und wird hier und im Stadtrat vorgestellt. Aussagen über Nebenkosten können allerdings nicht getroffen werden. Ziel des schlüssigen Konzeptes ist, eine durchschnittliche Miethöhe im unteren Segment zu ermitteln.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat um Abstimmung auf Rückstellung zur nächsten Sitzung.

Abstimmungsergebnis: **Antrag angenommen**
 6 Ja-Stimmen
 1 Nein-Stimme

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Halle (Saale) entwickelt bis zum Mai 2013 ein Konzept zu den Kosten der Unterkunft, das die Urteile des Bundesverfassungsgerichtes und des Bundessozialgerichtes in Bezug auf die Regelsätze und die Heizkosten berücksichtigt.

In dem Konzept untersucht die Stadtverwaltung u.a. die Gründe für das abnehmende Angebot an Wohnungen mit niedrigen Mieten und überprüft dabei insbesondere in wieweit eigene Handlungen, z.B. Regelungen bei der Erstattung der Kosten der Unterkunft, Steigerung der Grundsteuer, Erhöhung der Kosten von Energie und Wasser durch neue Abgaben dieses befördert haben.

Abstimmungsergebnis: zurückgestellt,
da antragstellende Fraktion nicht anwesend

zu 7.2.1 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Erstellung eines Konzeptes zu den Kosten der Unterkunft (Vorlagen-Nr.: V/2012/11276) Vorlage: V/2012/11311**

Beschlussvorschlag:

Die **Verwaltung legt dem Stadtrat** bis zum Mai 2013 ein Konzept zu den Kosten der Unterkunft **vor**, das die Urteile des Bundesverfassungsgerichtes und des Bundessozialgerichtes in Bezug auf die Regelsätze und die Heizkosten berücksichtigt.

In dem Konzept untersucht die Stadtverwaltung u.a. die Gründe für das abnehmende Angebot an Wohnungen mit niedrigen Mieten und überprüft dabei insbesondere in wieweit eigene Handlungen, z.B. Regelungen bei der Erstattung der Kosten der Unterkunft, Steigerung der Grundsteuer, Erhöhung der Kosten von Energie und Wasser durch neue Abgaben dieses befördert haben.

In regelmäßigen Abständen, mindestens jedoch jährlich, berichtet die Verwaltung dem Stadtrat über sich ergebene Veränderungen aus Bundesgesetzgebungen bzw. örtlichen Gegebenheiten wie der Entwicklung des Wohnungs- und Mietmarktes oder der Entwicklung von Verbraucherpreisen und der sich daraus ergebenden Veränderungen für die Kosten der Unterkunft in der Stadt Halle (Saale).

Abstimmungsergebnis: zurückgestellt,
da Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Vorlage: V/2012/11276
zurückgestellt

zu 8 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen vor.

zu 9 Mitteilungen

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, informierte über einen neuen, zusätzlichen Anbieter einer psychotherapeutischen Ambulanz für Kinder und Erwachsene (s. Anlage).

Frau Schneutzer, Beauftragte für Migration und Integration, informierte über die Wahl des neuen Ausländerbeirats und bat um Aufnahme der Vorstellung des neuen Ausländerbeiratsvorsitzenden in den Themenspeicher.

zu 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Müller, CDU-Fraktion, fragte **Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte**, zu Personal und neuer Struktur seit Anfang Dezember 2012 in der Stadtverwaltung, ob sie über das Frauenförderungsgesetz über diese Änderungen informiert wurde und hier mitwirken konnte.

Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte, sagte, dass nach dem Frauenförderungsgesetz ihr keine Strukturänderungen zur Kenntnis gegeben wurden. Bei Bewerbungen und Neueinstellungen/-besetzungen ist sie am Verfahren regelmäßig beteiligt.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, fragte nach dem Stand Drogenbericht. **Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, sagte, der Vertrag sei im Fachbereich Gesundheit in Vorbereitung. Die Beauftragung der entsprechenden Person wird erfolgen.

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, fragte nach dem Stand zum Persönlichen Budget und bat auch um Aufnahme in den Themenspeicher. **Frau Winter, Abteilungsleiterin Abteilung Soziale Hilfen**, kann dies schriftlich beantworten.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, fragte, wann das Gender Budgeting kommt. **Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte**, informierte hierzu über eine Stadtratsanfrage, die in der nächsten Sitzung mit Stellungnahme behandelt werden wird.

zu 11 Anregungen

Frau Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion, regte an, im März zum Projekt Wohnen für Behinderte und zur Anerkennung von Qualifizierung in WfB die Evangelische Stadtmission, Herrn Römer einzuladen.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, regte an, nach dem März die Evangelische Stadtmission einzuladen, da auch im März schon genügend Themen vorliegen. Sie regte ebenfalls an, den Verein Stadtinsel einzuladen.

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, bat darum, wieder Vereine zu besuchen. Hierzu wurde erneut diskutiert, dass die Räumlichkeiten in den Vereinen für die Tagung des Ausschusses nicht ausreichend Platz bieten.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, beendete den öffentlichen Teil der Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 08.02.13

Tobias Kogge
Beigeordneter

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende

Martina Kerner
Protokollführerin

